

Pressemitteilung

Berufsbildungsbericht: Junge Menschen besser in und durch die Ausbildung bringen!

Der Berufsbildungsbericht 2023 zeigt deutlich: Eine der wichtigsten Herausforderungen am Ausbildungsmarkt besteht weiter darin, junge Menschen in eine Berufsausbildung zu bringen. Während sich die Zahl der Ausbildungsplätze nach der Pandemie langsam erholt hat, sinkt die Zahl der jungen Menschen weiter, die sich für einen Ausbildungsplatz interessieren. Im Jahr 2019 waren noch knapp 600.000 junge Menschen auf Ausbildungsplatzsuche, nur 535.500 waren es im vergangenen Jahr.

Der Anteil der Menschen ohne Berufsabschluss bei den 20- bis 34-Jährigen steigt seit 2015 stetig und hat sich seit der Corona-Pandemie noch einmal deutlich erhöht und liegt 2021 bei 17,8%. Das bedeutet: 2,64 Millionen junge Menschen sind nicht beruflich formal qualifiziert. Erschreckend hoch sind die Anteile von Jugendlichen ohne Schulabschluss (74,1 Prozent) bzw. lediglich Hauptschulabschluss (39,0 Prozent), die ohne Berufsausbildung bleiben. Deswegen müssen die jungen Menschen ohne oder mit geringeren schulischen Abschlüssen unbedingt in den Blick genommen werden. Sie brauchen Unterstützung, um einen formalen Berufsabschluss zu erreichen.

Der Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit begrüßt, dass die Bundesregierung mit der geplanten Ausbildungsgarantie stärker als bisher benachteiligte junge Menschen in den Blick nimmt. Der Sprecher des Kooperationsverbundes Jugendsozialarbeit, Tom Urig, betont: „Die Zahlen des Berufsbildungsberichtes drängen darauf, dass deutlich beherzter eine inklusive Ausbildungsgarantie gegeben werden muss, als der Gesetzesentwurf der Bundesregierung dies aktuell vorsieht.“ Der Kooperationsverbund hat bereits notwendige Verbesserungen zur Ausbildungsgarantie vorgeschlagen. Die Berufsorientierung muss individueller mit einem Coaching begleitet, Mobilität über eine monatliche Heimfahrt hinaus verbessert und das sozialpädagogisch begleitenden Jugend- und Azubiwohnens ausgebaut werden. Bereits vorhandene Instrumente der Jugendberufshilfe sollten ebenfalls stärker genutzt werden, zum Beispiel die aufsuchende Arbeit oder die Assistierte Ausbildung flex. Um den Zugang zur Ausbildung tatsächlich für alle zu garantieren, müssen mit einem neuen Bundesprogramm zudem öffentlich geförderte Ausbildungsplätze in enger Kooperation von Trägern und Betrieben geschaffen werden.

„Es gilt beim Ziel einer inklusiven Berufsausbildung voranzukommen. Deren Ziel muss sein, dass sich die betriebliche und schulische Berufsausbildung weiterentwickelt, um deutlich inklusiver zu werden. Alle Jugendlichen, auch solche mit Beeinträchtigung und Behinderung, sollten - falls nötig - mit Hilfe einer individuellen Begleitung eine reguläre Berufsausbildung ergreifen und erfolgreich abschließen können“, sagt Tom Urig.

